

Bedeutung kommt der Bildungspolitik zu, die schon in der frühkindlichen Phase gezielt einsetzen muss. Die dritte Säule bildet die Gesundheitspolitik, die präventiver ausgerichtet werden muss. Wichtig wären auch sozialpolitische Anstrengungen in Richtung einer aktiven Einwanderungs- und Migrationspolitik. Ihre Vernachlässigung hat einen Teil der aktuell debattierten sozialen Probleme in diesem Land mitverantwortet.

Im Zentrum des vorsorgenden Sozialstaates steht eine qualitativ verbesserte Infrastruktur. Sie soll nicht nur die Startchancen gerechter verteilen, sondern auch zweite und dritte Chancen anbieten, um auch nach gescheiterten Versuchen wieder in das Bildungs- und Arbeitsmarktsystem einsteigen zu können.

Eine neue egalitaristische Reform der Institutionen und Politikfelder sozialstaatlicher Politik kann an den vorhandenen

Aktivierungspolitiken anknüpfen. Ein reflexives Staatsverständnis weiß um die Gefahr des Staatsversagens und baut deshalb den Staat noch stärker als kooperativen Akteur mit gesellschaftlicher Einbettung um. Die Sozialstaatsquote sollte nicht gesenkt, sondern zielgerichteter eingesetzt werden. Das Problem der deutschen Sozialstaatlichkeit besteht nicht darin, dass das Niveau der Transferleistungen zu gering ist. Vielmehr steht den finanziellen Ausgaben eine vielfach als mittelmäßig wahrgenommene Wirkung gegenüber. Somit kann das vorrangige Ziel nicht darin bestehen, die monetären Einnahmen oder Ausgaben zu erhöhen. Es geht eher darum, verstärkt darauf hinzuwirken, wie bessere Qualität und bessere Wirkungen erreicht werden können. Im Zentrum der neuen Staatsdebatte sollte die Frage stehen, wie die sozialstaatlichen Institutionen vorsorgeorientiert umgebaut werden können.

Rudolf Walther

Der »tote Hund« lebt

Wenn die Auguren in den Feuilletons Recht haben, stehen wir kurz vor einer Marx-Renaissance oder schon mitten drin. Das hat nichts mit medialen Mätzchen zu tun wie dem von Bischof Reinhard Marx, der seinem neuen Buch, mit dem berühmten Namensvetter kokettierend, ebenfalls den Titel Das Kapital gab. Die Indizien für ein zumindest diffuses Marx-Interesse sind nicht zu bestreiten.

Der Verleger von Marx' *Kapital* verkaufte in kurzer Zeit 2.500 Exemplare, an Universitäten gibt es wieder Marx-Seminare und Marx-Arbeitskreise. Und selbst im Fortbildungsangebot für Gemeinschaftskundelehrer findet man Einführungen in die Marx'sche Theorie. Und Alexander Kluge dreht einen neunstündigen Film über »Nachrichten aus der ideologischen Antike: Marx - Eisenstein - »Das Kapital«. Die gerade erst vier Jahre alte Diagnose jedenfalls, »Marx ist wieder ein »toter Hund«, wie zu seiner Zeit Hegel«, hat sich erledigt.

Die Indizien belegen diffuses Interesse.



Rudolf Walther

(* 1944) ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt/M.

rudolf.walther@t-online.de

Nicht zu Unrecht, denn fragt man, was Marx zum Verständnis der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise beitragen kann, entdeckt man schnell erhellende Thesen, die den Nebel neoliberaler Dogmatik

auflösen und die gesellschaftliche Realität hinter der schlichten Interessentenprosa aufscheinen lassen.

Dass Geld und Kapital nicht nur das sind, was man in der Tasche oder auf dem Konto hat, sondern ein »Gesellschaftsverhältnis« konstituieren, ist eine triviale Einsicht. Geld und Kapital stellen – so Marx – »eine bestimmte Beziehung der Individuen zueinander« her – als Verkäufer zum Konsumenten, als Arbeitskraftverkäufer zum Arbeitskraftkäufer bzw. als Arbeitender zum Unternehmenden. Nicht so trivial, jedoch eher verschleiend als aufklärend, ist der momentan sehr beliebte Satz, die Krise im Kredit- und Finanzwesen schlage auf die »Realwirtschaft« durch.

Man hätte es also beim Kredit- und Finanzwesen mit einer irrealen oder fiktiven Wirtschaft zu tun. Was heißt das im Klartext? Über den Zusammenhang von Kredit und Krise und über die Natur des Kredit- und Finanzwesens liefert Marx präzisere Antworten: »Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsbeschränkung der Gesellschaft ihre Grenze bilde.« Das gilt uneingeschränkt für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen.

Papierene Duplikate des Kapitals

Und wie stellt sich das dar auf den Märkten für »Finanzprodukte«, die nach der De-regulierung und Flexibilisierung der Finanzmärkte ein Vielfaches des Umfangs des weltweiten Marktes für Güter und Dienstleistungen ausmachen? Den Umfang kennt niemand – zwischen 500 und 1.000 Billionen Dollar könnten es sein. Eigentumstitel aller Art von der *first class*-Aktie bis zu den dubiosesten Derivaten und Zertifikaten sind nach Marx »papierene

ne Duplikate des wirklichen Kapitals« bzw. »nominelle Repräsentanten nicht existierender Kapitale« – so wie der papierene Frachtschein eine wirkliche Maschine repräsentiert, aber diese nicht verdoppelt.

Werden die »papierenen Duplikate« handelbar, kriegt das wirklich existierende Kapital eine numinose, quasi-theologisch verbürgte Zweitexistenz als Tagespreis. Aber »der Marktwert dieser Papiere ist zum Teil spekulativ, da er nicht durch eine wirkliche Einnahme, sondern durch die erwartete ... bestimmt ist«. Auf dem Markt für Papiere oder an der Börse wird nach Marx »Gewinnen und Verlieren ... der Natur der Sache nach mehr und mehr Resultat des Spiels« und dieser Handel mit real existierenden Fiktionen ist, wie es in einer Formulierung des hinreißenden Prosaschriftstellers Marx heißt, »überhaupt die Mutter aller verrückten Formen«.

»Verrückt« ist wörtlich zu verstehen. Mit dem »improvisierten Reichtum« der »papierenen Duplikate« sollen die Schranken der realen Produktion von Gütern und Dienstleistungen – diese Schranken sind die Zahl und die Kaufkraft der Käufer/Konsumenten – überwunden werden. Ein regulierender und kontrollierender Staat ist dabei nur hinderlich. Geld und Kapital kennen keine Grenzen, sondern nur die Vermehrung, die möglichst profitable Verwertung von Werten, also Selbstverwertung. Nach Marx tendieren Geld und Kapital dazu, zum »automatischen Subjekt« ihrer Selbstmehrung zu werden.

Politisches Defizit der Vorkriegssozialdemokratie

Diese und andere Formulierungen sowie das Kapitel über den »tendenziellen Fall der Profitrate« im dritten Band des *Kapitals* beförderten eine Lesart von Marx, die davon ausging, der Kapitalismus breche an seinen inneren Widersprüchen dereinst automatisch zusammen. Eine ausformulierte Zu-

sammenbruchstheorie gibt es, entgegen der Behauptung des Sozialdemokraten Eduard Bernstein (1850-1932), bei Marx nicht. Aber Karl Kautsky (1854-1938), der maßgebliche Theoretiker der SPD im Kaiserreich, begründete einen »revolutionären Attentismus« (*Dieter Groh*) mit der These, die »naturwüchsige Entwicklung des Kapitalismus« führe von sich aus die Verwirklichung des Sozialismus herbei. In diesem Sinne sprach Kautsky von der SPD als einer »revolutionären, aber keine Revolutionen machenden Partei«. Auf die politische Praxis der SPD im Kaiserreich hatte dieses theoretische Konstrukt eine verheerende Wirkung. Vorhandene politische Spielräume, zum Beispiel die Zusammenarbeit mit den Linksliberalen zur Demokratisierung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen wurden nicht genutzt. Die SPD konzentrierte sich lieber auf das Abwarten des sich quasi-automatisch einstellenden Fernziels. Gegner dieser Strategie – zum Beispiel Rosa Luxemburg – galten innerparteilich

bald als »Linksradikale« und »Anarchisten«. Kautsky machte aus der »kapitalistischen Entwicklung« eine absolute Gewissheit. Das lief auf eine ökonomistisch draapierte, also entpolitisierte Strategie hinaus, die man als das politische Defizit der Vorkriegssozialdemokratie beschrieben hat. Die SPD – die stärkste Partei im Kaiserreich – schloss sich mit dieser Strategie des Abwartens von der Politik aus.

Um ein politisches Defizit geht es auch heute. Während der Kapitalismus durch die Finanzkrise in ein tiefes Loch stürzte, bleiben tragfähige antikapitalistische Strategien aus. Parteien und soziale Bewegungen, denen man solche zutrauen könnte, sind klein und zersplittert. Und ein paar Schlawmeier hoffen darauf, die Dynamik der Krise führe automatisch zum Kollaps des Kapitalismus und wünschen sich gegenseitig »ein gutes neues Jahr Finanzkrise.« Gerade die SPD ist aber herausgefordert, Strategien für einen Systemwechsel oder wenigstens radikale Reformen zu erarbeiten.